



# **Beschlüsse**

**der**

**ASF-Landesdelegiertenkonferenz**

**am 16.11.2019 in Stuttgart**

## **Antrag Nr. 1:**

**Demokratie braucht Demokratinnen – den innerparteilichen Kulturwandel gestalten.**

**Chancen der politischen Kultur für die politische Partizipation bzw. Karrieren von Frauen erkennen, Barrieren und Hindernisse beseitigen**

Mehr als 30 Jahre nach Einführung der Geschlechterquote muss immer noch festgestellt werden, dass bei Nominierungen und Benennungen die außerhalb eines Listenwahlverfahrens erfolgen, Frauen stark unterrepräsentiert sind. Ob Fraktionsvorsitz oder Nominierungen als Bürgermeister\*innen: Frauen sind deutlich weniger vertreten. Da es nicht an qualifizierten Frauen mangelt, bleibt die Schlussfolgerung, dass strukturelle Ursachen in den Nominierungs- und Benennungsverfahren liegen.

Um diese beseitigen zu können, müssen sie erkannt werden. Die Vorstände werden aufgefordert hier aktiv zu werden. Grundlage hierfür kann die voraussichtlich Ende November 2019 veröffentlichte Studie der fes zu Ursachen der mangelnden Repräsentanz von Frauen in der Politik, die sich intensiv mit der politischen Kultur als Grundlage für Nominierungen befasst, bilden.

Bereits bekannte Ursachen sind Sitzungszeiten und –abläufe. Dazu gehören verbindliche Zeitregelungen oder Sprache als einige Beispiele. Daher orientieren sich Vorstände in einem ersten Schritt an folgenden Richtlinien:

Die SPD vertritt eine moderne Gleichstellungspolitik und lebt sie nach innen.

Hierzu gehört es, dass wir

- Sexismus in jeder Form ablehnen,
- uns in Bezug auf Zeiten, zu denen wir unsere Sitzungen abhalten, mit den Teilnehmenden abstimmen, welche Zeiten die besten sind,
- Sitzungsdauern unbedingt einhalten, damit familiären Verpflichtungen davor und danach nachgekommen werden kann,
- Redelisten quotieren,
- Frauen sichtbar machen, indem wir Podien quotiert mit Expertinnen besetzen,
- Entwicklungswünsche in Bezug auf Parteiämter langfristig planen und fördern,
- auf unsere Sprache achten, die geschlechtergerecht ist.

---

## **Antrag Nr. 2:**

**Unabhängige Finanzberatung für Frauen**

Wir fordern eine gebührenfreie, unabhängige und staatlich finanzierte Finanz- und Altersvorsorgeberatung speziell für Frauen, z.B. durch die Verbraucherzentrale

---

**Antrag Nr. 3:**

**Einrichtung einer unabhängigen Monitoringstelle zur  
Istanbul-Konvention**

Wir fordern die SPD-Regierungsmitglieder und die SPD-Bundestagsfraktion auf, noch in dieser Legislaturperiode die Einsetzung einer unabhängigen Monitoringstelle zur Istanbul-Konvention umzusetzen.

---

**Antrag Nr. 4:**

**Festlegung eines bundesweit einheitlichen Betreuungsschlüssels in der Kinderbetreuung**

Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass ein im gesamten Bundesgebiet einheitlicher Betreuungsschlüssel Fachkräfte zu Kindern von mindestens 1:3 in Krippengruppen (Kinder im Alter bis zu 3 Jahre) und 1:7 in Kindergartengruppen (Kinder im Alter von 3-6 Jahren) festgelegt wird.

---

**Resolution:**

**Solidarität mit allen, die für Demokratie, Toleranz und Gleichstellung einstehen!**

Die ASF Baden-Württemberg erklärt sich solidarisch mit allen gesellschaftlichen Kräften, die für Demokratie, Vielfalt, Gleichstellung und Freiheit einstehen!

Diese Selbstverständlichkeit bekräftigen wir aus folgendem Anlass:

Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes Hartmut Ziebs ist von fünf der sieben Vize-Präsidenten zum Rücktritt aufgefordert worden. Ziebs hatte gefordert, sich klar von rechtsextremen AfD-Sympathisanten in den eigenen Reihen zu distanzieren. Er kritisierte weiterhin die Aufforderung des rheinlandpfälzischen Landesgeschäftsführers „Wenn ihr Geld braucht, wendet Euch an die AfD“. Darüber hinaus hat sich Ziebs in der verbandsinternen vieldiskutierten Frage, welche Rolle Frauen in

der Feuerwehr spielen sollen, mit der Einstellung einer Frau mit türkischer Zuwanderungsgeschichte ,als Bundesgeschäftsführerin klar positioniert.

Die klare Stellung für Demokratie, Vielfalt und Gleichstellung darf nicht zum Grund für Abwahlen dienen! Die ASF Baden-Württemberg appelliert an alle demokratischen Kräfte in den Verbänden und Vereinen, sich klar gegen solche Forderung zu stellen. Sollte es zu einem Abwahlverfahren innerhalb des Feuerwehrverbandes kommen, fordern wir die Delegierten auf, sich klar für unsere demokratischen Grundwerte einzusetzen und die Abwahl zu verhindern.

Vereine und ehrenamtliches Engagement sind ein wichtiger Pfeiler unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Vereinsleben ist ein Vorbild und Lernort für friedliches Zusammenleben und Gestalten. Dies muss unbedingt erhalten werden! Deshalb unterstützen wir alle Kräfte und Personen, die sich für Demokratie, Toleranz, Vielfalt und Gleichstellung einsetzen.

---

### **Initiativantrag** **zum Beschluss „Organisationspolitische Neuaufstellung“ des Parteivorstands**

Die Landesdelegiertenkonferenz der AsF Baden-Württemberg beschließt:

*Zu dem Abschnitt:*

*„Wir brauchen in der Zukunft eine wesentlich aktivere Verankerung in den gesellschaftlichen Netzwerken. Wir brauchen Mittler\*innen, die Impulse aus den Netzwerken aufnehmen und die unsere Antworten in diesen Zusammenhängen erklären und verteidigen. Deshalb brauchen wir bei den Arbeitsgemeinschaften und den Ortsvereinen Veränderung.*

*Arbeitsgemeinschaften haben in der SPD eine lange Tradition. Sie trugen zu den Erfolgen unserer Partei maßgeblich bei. Dass sich Bildungsschaffende, Menschen im Gesundheits- und Rechtswesen, Menschen mit Behinderungen, queere Menschen oder Personen mit Migrationshintergrund bei uns organisiert haben, macht uns stolz, weil es zeigt, dass die SPD den Anspruch hat, für alle gesellschaftlichen Gruppen*

*Politik zu machen und etwas zu erreichen. Anders als der Aufbau der Partei, der eine dauerhafte Struktur braucht, ist die politische Zielgruppenarbeit immer wieder gesellschaftlichen, politischen und organisationsbezogenen Entwicklungen anzupassen. Die Arbeitsgemeinschaften müssen schneller, beweglicher, politischer und präsenter werden.“*

erklärt die AsF-Landesdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg:

Die Formulierung, dass es bei den Arbeitsgemeinschaften (AGen) Veränderung brauche, bedeutet im Umkehrschluss, dass sie die davor beschriebene Rolle als Mittler\*innen nicht wahrnehmen. Dem widersprechen wir entschieden.

Die Arbeitsgemeinschaften sind ein wesentlicher und in der Regel auch aktiver Teil der Verankerung der Partei in gesellschaftlichen Netzwerken. Als Teil eines Netzwerkes nehmen sie nicht nur Impulse auf, sie gestalten diese mit. Sie wirken auf innerparteilichen Entscheidungsprozesse, indem sie diese

Impulse in die Partei tragen. Die Rolle der Mittler\*innen wird von kaum einer Struktur mehr umgesetzt als von den AGen.

Die AGen sehen sich darüber hinaus auch als Motoren, als durchaus auch kritische Antriebsfaktoren für die innerparteilichen Diskussionsprozesse. Das ist mehr als Zielgruppenarbeit. „Dauerhafte Strukturen“ und „Zielgruppenarbeit“ sind auch kein natürlicher Widerspruch. Die AGen arbeiten mit dem Anspruch, dauerhaft gesellschaftliche Perspektiven in die Diskussionen innerhalb der Partei einzubringen.

Die Formulierung, die „AGen müssten schneller, beweglicher, politischer und präsenter werden“ liest sich für uns im Umkehrschluss, dass die AGen zu langsam, zu starr, zu unpolitisch und nicht präsent seien. Wir nehmen die Arbeit der AGen anders wahr und können nicht nachvollziehen, wie der Bundesvorstand zu dieser Schlussfolgerung kommt. Auch dass nur ein Teil der AGen ausdrücklich benannt werden, die Schlussforderung sich aber pauschal an alle AGen richtet, macht das nicht schlüssiger.

In allen diesem Abschnitt folgenden Klärungs- und Entwicklungsprozessen werden die AGen nicht mehr benannt, nicht als Teil des Prozesses beschrieben. Offenbar wird hier über, aber nicht mit den AGen gesprochen und es ist auch nicht erkennbar, dass sich das ändern soll.

Die Arbeitsgemeinschaften bilden eine der Säulen des Ehrenamts in der SPD. Sie tragen auch heute noch zu den Erfolgen der SPD bei. Die SPD ist nur so stark wie ihre Arbeitsgemeinschaften. Dies kann nicht nur unter dem Blickwinkel der (finanziellen) Ressourcen betrachtet und diskutiert werden. Wir fordern den Bundesvorstand auf, endlich in Gespräche mit den AGen einzusteigen, um gemeinsam den notwendigen Veränderungsprozess zu gestalten. Der Kulturwandel fängt mit dem eigenen Verhalten an.